

Renate Geuter, Friesoythe

Mitglied in der SPD Fraktion des Niedersächsischen Landtags, stellv. finanz- und haushaltspolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Haushalt und Finanzen, im Unterausschuss Rechnungsprüfung und im Ausschuss für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Newsletter 01/2008

Liebe interessierte Leserinnen und Leser,

seit der Wahl zum neuen niedersächsischen Landtag ist nun schon einige Zeit ins Land gegangen. Zeit, die geprägt war, beginnend bei der Konstituierung des neuen Landtages bis zur letzten Plenumswoche vor der Sommerpause, von Anträgen, Anfragen, Gesetzgebungsverfahren und leider auch von viel Unruhe innerhalb der SPD. Mit diesem ersten Newsletter und den dann folgenden Newslettern möchte ich Sie über laufende, abgeschlossene und zukünftige politische Handlungen aus Hannover, aber auch aus dem Wahlkreis bzw. der von mir betreuten Region informieren. Für Hinweise, kritische Anmerkungen und weitere Anregungen bin ich natürlich sehr dankbar.

Bei meiner politischen Arbeit bin ich darauf angewiesen, von Ihnen über die konkreten Auswirkungen landespolitischer Entscheidungen vor Ort informiert zu werden. Von daher möchte ich Sie recht herzlich um Informationen darüber bitten, wo es Ihrer Meinung nach noch Handlungsbedarf auf Landesebene gibt oder wo landesrechtliche Regelungen vor Ort zu problematischen Situationen führen.

Diese gegenseitigen Informationen mögen dazu beitragen, so mein Wunsch, dass dieser Newsletter in Zukunft für jeden von uns seine Berechtigung haben wird.

Ihre Renate Geuter

Aus Hannover

Schulgesetznovellierung = Gesamtschulverhinderungsgesetz

Die 2004 eingeführte Schulreform der CDU/FDP Regierung erweist sich immer mehr als gescheitert. Das frühe Trennen nach der vierten Klasse führt zu einer Bildungsungerechtigkeit, von der insbesondere Kinder aus sozial schwächeren Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund betroffen sind. Der Ruf nach einer längeren gemeinsamen Beschulung im Rahmen von Gesamtschulen wird von den Eltern und vielen Pädagogen immer lauter. Dort, wo Gesamtschulen existieren, müssen häufig mehr Kinder abgewiesen werden als angenommen werden können. (so z.B. auch bei den neu konzipierten Haupt- und Realschulen in kirchlicher Trägerschaft).

Vor der Landtagswahl versprach die Landesregierung, dass man sofort nach der Wahl ein Gesetz konzipieren werde, dass die Gründung von Gesamtschulen in Niedersachsen wieder möglich mache und dieses schon zum Schuljahresbeginn 2008/2009. Daran kann oder will sich nun niemand mehr erinnern – das jetzt verabschiedete Gesetz setzt so hohe Hürden, dass man es eher als Gesamtschulverhinderungsgesetz bezeichnen kann und zum Schuljahr 2008/2009

ist ein Beginn einer neuen Gesamtschule gar nicht mehr möglich. Im ländlichen Raum wird es besonders schwer, Gesamtschulen zu gründen. Rechtsexperten warnten im Gesetzgebungsverfahren vor den eingebauten „Gesamtschulverhinderungsmechanismen“, da diese juristisch angreifbar seien. Während beispielsweise Hamburg oder Schleswig-Holstein den Weg frei machen für eine längere gemeinsame Beschulung, hält die Landesregierung in Hannover krampfhaft und häufig gegen den Willen der Eltern am überholten dreigliedrigen Schulsystem fest.

SPD fordert Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer

Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung dazu auf, im Bundesrat für die Wiedereinsetzung der Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer zu kämpfen. „Gerade im Flächenland Niedersachsen ist die Absetzbarkeit von Fahrtkosten besonders wichtig. Die Tanknadel fällt eben nicht erst ab dem 20. Kilometer“, so der Abgeordnete Klaus Schneck.

Verkauf der Spielbanken verursacht hohe Kosten

Durch den schlechten Verkaufsvertrag mit den Spielbanken könnten nun dem Land Kosten in zweistelliger Millionenhöhe entstehen. „Auf Grund der Einbußen, die die Spielbanken derzeit verzeichnen, ist zu befürchten, dass der jetzige Eigentümer Casino Austria International demnächst vom Land eine Entschädigung im hohen zweistelligen Millionenbereich fordert“, so befürchtet die stellv. finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Renate Geuter. Im Verkaufsvertrag sind dem privaten Spielbankbetreiber bestimmte Zusicherungen gemacht worden, die vom Land Niedersachsen aufgrund des selbst mit verhandelten Glücksspielstaatsvertrage nicht mehr eingehalten werden können und die nun zu den hohen Schadensersatzforderungen führen.

Seriöse Schuldenbremse statt Neuverschuldungsverbot als Schnellschuss

Eine Absenkung der Neuverschuldung ist auch das Ziel der SPD-Fraktion. „Es ist unstrittig, dass wir im Interesse von unseren Kindern und Enkelkindern auf die Schuldenbremse treten müssen“, so die stellv. haushaltspolitische Sprecherin Renate Geuter. Das absolute Neuverschuldungsverbot, wie die FDP es fordert, sei aber nur ein unüberlegter und populistischer Schnellschuss. Wichtig sei es die Schulden nach dem Prinzip „Sorgfalt vor Eile“ zu senken. Bei unvorhergesehen, aber absolut notwendigen Ausgaben, könne man mit Verweis auf das Neuverschuldungsverbot nicht einfach die Augen verschließen und dann womöglich die Kommunen als Zahler auffordern.

Gerechtigkeit für alle Steuerzahler

Die SPD-Fraktion will die Steuergerechtigkeit in Niedersachsen verbessern. Aufgrund von massivem Personalmangel in den Finanzämtern werden Vermögen an der Steuer vorbei ins Ausland geschafft, dieses ergab eine von der SPD-Fraktion durchgeführte Anhörung von gewerkschaftlichen Interessenvertretern, des Landesrechnungshofes sowie des Niedersächsischen Finanzministeriums. „Die Landesregierung muss deutlich mehr Steueranwärter als bisher einstellen und sämtliche Absolventen in den Landesdienst übernehmen. Ansonsten ist Otto Normalverbraucher als Steuerzahler ohne große Steuerrechtskanzlei im Rücken bald der Dumme“, so die stellv. haushaltspolitische Sprecherin Renate Geuter. Ein weiterer Aspekt ist, dass dem Landeshaushalt und somit auch den Kommunen für ihre Aufgaben die Gelder fehlen, wenn die Steuern nicht in die Haushalte fließen

können, weil ausreichende steuerliche Kontrollen der Finanzämter aus personellen Gründen nicht möglich sind.

Landesregierung lässt Gemeinden bei DSL-Anschlüssen im Regen stehen

Derzeit ist jede fünfte niedersächsische Gemeinde ohne DSL-Anschluss. Dass das fatale Folgen für die Ansiedlung von Unternehmen und damit der finanziellen Ausstattung der Kommunen hat, dürfte jedem einleuchten. Bis dato hat die Landesregierung hier nur tatenlos zugesehen. Die SPD-Fraktion fordert die Koalition auf, hier massiv auf die Verantwortlichen einzuwirken, dass auch in dem Flächenland Niedersachsen der ländliche Raum nicht von flächendeckenden Breitbandanschlüssen abgekoppelt wird.

Verordnung verursacht weiteren Lehrermangel und hohe Kosten

Der Einstand der Kultusministerin Heister-Neumann war ein Flop. Zunächst wollte sie den versprochenen Abbau der zusätzlich abgeleisteten Stunden der Lehrer komplett auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben, dann zwangen sie die massiven und berechtigten Proteste der Lehrer eine Arbeitszeitverordnung zu erlassen, die erhebliche Mängel aufweist. Zwar können die Lehrer ihre Stunden nun teilweise sofort abbauen oder sich diese auszahlen lassen, aber nun werden die Schülerinnen und Schüler darunter zu leiden haben. Erstens weil die Lehrer nun fehlen und nicht durch Neueinstellungen aufgefangen werden und zweitens werden durch den Vertrauensbruch der Ministerin sich die Lehrer die zusätzlich und noch nicht bezahlten Unterrichtsstunden lieber auszahlen lassen als sich jeglichen weiteren Verordnungsattacken aus dem Kultusministerium auszusetzen und somit fehlt das Geld für weitere dringend benötigte Einstellungen von Lehrern, um eine vernünftige Unterrichtsversorgung sicher zu stellen. Nach Ansicht der SPD-Fraktion muss die Landesregierung konkrete Zahlen vorlegen, wie viele Lehrkräfte in den kommenden Jahren in Niedersachsen benötigt werden. Eine entsprechende Stellungnahme des Landesrechnungshofes unterstützt diese Forderung. Nicht nur die neue Arbeitszeitverordnung erhöht den Bedarf an Lehrkräften, sondern auch die zukünftige Vorverlegung des Stichtages für die Einschulung.

SPD Fraktion bringt Gesetzentwurf für individuelle Kinderrechte auf den Weg

„Das Kind hat eine eigene Würde und eigene Rechte und ist auch Träger eigener Grundrechte. Das Kind hat Anspruch auf den Schutz des Staates“. (Auszug aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 01.04.2008) Dieser Überzeugung ist auch die SPD-Fraktion in Hannover und brachte nun erneut einen Gesetzentwurf ein, dass Kinderrechte in die Niedersächsische Landesverfassung aufgenommen werden, so wie das in 11 von 16 Bundesländern mittlerweile geschehen ist. Schon vor einem Jahr war der Versuch gescheitert, da CDU und FDP nur eine nichtssagende sogenannte Staatszielbestimmung in der Niedersächsischen Verfassung verankern wollte. Die Vorstellungen der SPD werden von der übergroßen Mehrheit der Fachleute gestützt. Die Änderung der Verfassung bedarf der Zweidrittelmehrheit im Parlament. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich erweisen, wie ernst es die Koalition mit den Kinderrechten und dem Schutz von Kindern nimmt.

Tariftreue darf nicht an Europarecht scheitern

Das niedersächsische Vergabegesetz, das bei Bauaufträgen des Landes und der Kommunen nur solche Unternehmen berücksichtigt, die ihre Beschäftigten entsprechend der in Niedersachsen geltenden Tarifverträge bezahlen, ist seitens des

Europäischen Gerichtshofes (EuGH) als europarechtlich unwirksam eingestuft worden. Der EuGH hat festgestellt, dass nur ein gesetzlicher Mindestlohn oder ein für allgemein verbindlich erklärter Tarifvertrag vom Gesetzgeber als Voraussetzung für eine öffentliche Vergabe vorgeschrieben werden darf. Dieses trifft auf den Baugewerbe-Entgelttarifvertrag jedoch nicht zu. Es muss nun umgehend geprüft werden, welche Vorschriften aus dem Vergabegesetz weiter gelten und welche durch andere, europarechtskonforme Vorschriften ersetzt werden müssen. Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium will allerdings das Gesetz ganz abschaffen und würde damit jegliche Form des Lohndumpings in der Baubranche provozieren.

SPD fordert Aufstockung des kommunalen Finanzausgleiches

Die SPD-Fraktion hat sich für eine Stärkung der niedersächsischen Kommunen ausgesprochen. „Wir fordern die Landesregierung auf, den Kommunalen Finanzausgleich endlich wieder um die 100 Millionen Euro aufzustocken, die den Kommunen von der Regierung Wulff gekürzt worden sind“, so die innenpolitische Sprecherin Johanne Modder. „Bevor über eine Verwaltungsreform diskutiert wird, sollten die Kommunen in die Lage versetzt werden, sich bestmöglich selbst zu helfen“, fordert Johanne Modder.

SPD fordert Klimaschutz in der Landwirtschaft

„Der Klimaschutz und die Folgen des Klimawandels betreffen die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung wie kaum einen anderen Wirtschaftsfaktor. Neue klimatische Bedingungen und zunehmende Wetterextreme erfordern von der Landwirtschaft einen intensiven Anpassungsprozeß. Gleichzeitig leistet die Landwirtschaft seit Jahren auch einen positiven Beitrag zum Klimaschutz, da sie Kohlendioxid in Biomasse bindet und so der Atmosphäre entzieht. Durch eigene Treibhausgasemissionen ist die Land- und Ernährungswirtschaft aber auch Mitverursacher für den Klimawandel“, so Renate Geuter. In der Landwirtschaft sind es vor allem die Treibhausgase Methan und Lachgas und zu einem geringeren Teil Kohlendioxid, die zur globalen Erwärmung beitragen.

Die Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung vor dem Hintergrund des Klimawandels den Klimaschutz und die Ressourcenschonung als zentrale Aufgabe einer generationengerechten Umweltpolitik beschrieben.

Vorrangige Aufgabe in der aktuellen Klimaschutzdiskussion sei es, die Positionen der Länder noch stärker zur Geltung zu bringen, so die Forderung Niedersachsens in der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft „Klima, Energie, Mobilität - Nachhaltigkeit“ im Januar 2008. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist die Landesregierung in der Verantwortung, neben reinen Anpassungsstrategien für die Landwirtschaft im Hinblick auf den Klimawandel auch konkrete Ziele zur Emissionsminderung und -vermeidung zu entwickeln. Die international und national vereinbarten Klimaziele können nur erreicht werden, wenn auch die Land- und Ernährungswirtschaft in Niedersachsen ihren Beitrag dazu leistet.

Die SPD beantragte daher, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, eine Klimabilanz für die Bereiche der Land- und Ernährungswirtschaft zu erstellen und auf deren Grundlage einen umfangreichen Maßnahmenkatalog für die Verbesserung der Klimaschutzbilanz sowie Klimaziele für die niedersächsische Land- und Ernährungswirtschaft zu erarbeiten. Dazu bedarf es der Festlegung konkreter Reduktionsziele für Treibhausgase, die von der Land- und Ernährungswirtschaft emittiert werden.

Gerichte brauchen bessere Ausstattung

Angesichts der sich häufenden Fehlermeldungen beim Landgericht Hannover warnt die SPD-Fraktion vor geplanten Stellenstreichungen in 2009. „Die Kritik des Bundesgerichtshofes an der auffällig hohen Fehlerquote beim Landgericht Hannover zeigt deutlich, dass in Niedersachsen die Justiz nicht ordnungsgemäß mit Richterstellen ausgestattet ist, so der justizpolitische Sprecher Hans-Dieter Haase. „Die Mindestanforderung ist, aus den zusätzlichen Senaten und Richterstellen einen Dauerzustand werden zu lassen und sie keinesfalls im Jahre 2009 wieder abzubauen“, so die Forderung der SPD-Fraktion.

Studenten kehren Niedersachsen den Rücken

Die Zahl der Studenten in Niedersachsen nimmt weiter ab, obwohl die Zahl der Studienberechtigten gestiegen ist. Zum Wintersemester 2006/2007 verlor Niedersachsen 27.300 Studierende mehr an andere Bundesländer als Studierende zuwanderten. Das waren rund 2.000 Studierende mehr als noch zum Wintersemester 2004/2005, ein Grund dürfte die Einführung der Studiengebühren sein. Auf der anderen Seite fehlen in Niedersachsen ca. 10.000 Studienplätze, um dem gestiegenen Bedarf gerecht zu werden. Schon jetzt hält Niedersachsen mit einer Studierquote von 29 Prozent die rote Laterne in der Hand, bundesweit studieren 37 Prozent eines Altersjahrganges. Angesichts des sich immer stärker zeigenden Mangels an gut ausgebildeten Arbeitskräften koppelt sich Niedersachsen damit auch von der wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Private Altpapiersammlungen erzeugen höhere Müllgebühren

In immer mehr Landkreisen und kreisfreien Städten drängen private Altpapiersammlungen auf den Markt. Umweltminister Sander befürwortet dieses und riskiert damit, dass die Müllgebühren für den nicht so lukrativen Restmüll rapide ansteigen. Durch den steigenden Preis von Altpapier am Weltmarkt konnten die Preise für Restmüll in den vergangenen Jahren stetig gesenkt werden. Wenn nun Altpapier nicht mehr durch den kommunalen Entsorger gesammelt wird und damit die Erträge sinken, steigen die anderen Müllgebühren. „Gewinne privatisieren, Verluste kommunalisieren“, das ist ein beliebtes Spiel der FDP.

Aus der Region

Besuch bei den ProWerkstätten

Wildeshausen. Mitte März besuchten Renate Geuter und Axel Brammer die ProWerkstätten des Diakonischen Werkes an ihrem neuen Standort am Westring. Beide Landtagspolitiker zeigten sich beeindruckt von der Vielfaltigkeit der möglichen Arbeitsfelder der Behinderten und forderten, dass bei Auftragsvergaben, die Behindertenwerkstätten stärker berücksichtigt werden.

AG 60+ erinnerte an das Ermächtigungsgesetz vor 75 Jahren

Wildeshausen. Auf dem Marktplatz in Wildeshausen machten die Genossen der älteren Semester mit Hermann Bokelmann als Vorsitzenden der AG 60+ des Landkreises Oldenburg zusammen mit Renate Geuter deutlich, welche weitreichenden Auswirkungen das 1933 vom Reichstag verabschiedete Gesetz, bei dem die Sozialdemokraten nicht zustimmten, auf die weitere Entwicklung der Terrorherrschaft der Nazis in Deutschland hatte.

Von Planungen für Spascher Sand Resort beeindruckt

Wildeshausen. Mitte April nutzte Renate Geuter die Gelegenheit des Tages der offenen Tür auf dem Gelände der Privatschule Spascher Sand und ließ sich von Wolfgang Rixen die Planungen für das auf dem ehemaligen Kasernenareal geplante Spascher Sand Resort vorstellen. „Diese Kombination von Wohnmöglichkeiten für Jung und Alt beeindruckt mich und ist nicht nur visionär, sondern auch unter Berücksichtigung des demografischen Wandels zukunftsweisend. Wildeshausen kann stolz sein, dass es für das ehemalige Kasernengelände so einen innovativen Investor gefunden hat“, so Geuter.

380 KV-Leitung muss als Erdkabel verlegt werden

Harpstedt. In einem Gespräch mit dem Samtgemeindebürgermeister Uwe Cordes ließen sich Renate Geuter und Axel Brammer erläutern, wie die Trasse der 308 KV-Leitung nach der Verabschiedung des Niedersächsischen Erdkabelgesetzes verläuft. Verärgert zeigten sich beide Politiker, dass der e.on immer noch nicht die gesamte Trasse als Erdkabel verlegen will, sondern immer noch einige Bereiche als Freileitung geplant sind. Die jeweiligen Übergänge zwischen Freileitung und Erdkabel seien landschaftsverschandelnde „Monster“, so Renate Geuter und Axel Brammer übereinstimmend. Des Weiteren sei bis dato keine gesamtgesellschaftliche Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht gemacht worden, sodass man den Aussagen von e.on wenig Glauben schenken könne.

Verkauf von Straßenbermen gestoppt!?

Oldenburger Land. Mittels zwei Anfragen im niedersächsischen Landtag und massiver Öffentlichkeitsarbeit gelang es Renate Geuter, den Verkauf von Straßenbermen im Oldenburger Land zu stoppen. Die im alten Oldenburger Land als heimatgeschichtlich wertvoll geltenden Straßenrandstreifen sind nicht nur optisch, sondern auch im Sinne des Naturschutzes wertvoll. In den vergangenen Monate versuchte sich die Landesregierung ihrer Verantwortung für die Straßenbermen zu entledigen, indem sie die Randstreifen an die Kommunen oder an Privatinvestoren verkaufen wollte. Nach mehreren widersprüchlichen Aussagen scheint der Ausverkauf der Bermen nun gestoppt.

Tagesmütter sozial absichern

Cloppenburg. Eine gute Kinderbetreuung ist wichtige Voraussetzung für Mütter und Väter, wenn sie ihren Beruf weiterhin ausüben oder wieder in ihren Beruf zurückkehren wollen. Das Kindertagespflegebüro des Landkreises Cloppenburg hilft allen Eltern, eine optimale Betreuung für Ihre Kinder zu finden, erfuhr die Landtagsabgeordnete Renate Geuter bei ihrem Besuch dieser Einrichtung. Gerade für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder, aber auch für Betreuungszeiten außerhalb der Regelöffnungszeiten von Kindergärten, Krippen und nach der Grundschule bestehe ein wachsender Bedarf, so erläuterten die Mitarbeiterinnen Nancy Henke und Claudia Möller. Das Kindertagespflegebüro des Landkreises ist im vergangenen Jahr mit Mitteln des Projektes „Familie mit Zukunft“ eingerichtet worden.

Die Qualität der Arbeit der Tagesmütter wird durch eine verpflichtende 160-stündige Ausbildung gewährleistet, die mit einem Zertifikat des Bundesverbandes für Kindertagespflege nach dem DJI-Curriculum (Deutsches Jugendinstitut) abschließt. Der Landkreis Cloppenburg gewährt einen Zuschuss für die Betreuung aller Kinder unter drei Jahren, sodass die Kosten für eine Tagesmutter identisch sind mit denen einer Kinderkrippe. Damit haben die Eltern eine echte

Wahlmöglichkeit. Das Kindertagespflegebüro strebt eine stärkere Vernetzung aller Tagesmütter untereinander und mit anderen Betreuungseinrichtungen an, auch das Angebot im Nordkreis Cloppenburg kann noch verbessert werden.

Ein Manko in dem grundsätzlich positiven Bestreben, durch Tagesmütter den wachsenden Betreuungsbedarf abzudecken, ist allerdings die fehlende soziale Absicherung dieser verantwortungsvoll arbeitenden Frauen. Sie unterliegen nicht der Sozialversicherungspflicht und erwirtschaften daher auch keine eigenen Rentenanwartschaften. Das bewirke auch, dass Tagesmütter dann ihre Tätigkeit aufgeben, wenn sie in der Lage sind, selbst eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzunehmen. „Da wir im Landkreis Cloppenburg zur Aufrechterhaltung des Betreuungsangebotes weiterhin auf die Arbeit der Tagesmütter angewiesen sind, besteht hier dringender politischer Handlungsbedarf, damit auch dauerhaft die Kontinuität der Tagesmütterarbeit gewährleistet werden kann“, resümierte Renate Geuter.